

FAIRCONOMY

für eine Welt mit Zukunft

Euro 4,50 • sFr 3,-



70 Mrd. pa.
ZINSBOMBE

Die Zinsbombe entschärfen!

- Explodierender Reichtum – wachsende Verschuldung
- Libanon-Mandat: Schwarzer Mittwoch im Bundestag
- Was wäre, wenn die Zinssätze auf die Hälfte sinken...

Zinsen lassen sich nicht verbieten

Liebe Leserinnen und Leser,

das wollen wir ja auch gar nicht!

Wie kommt es trotzdem immer wieder zu diesem Missverständnis? Wegen der INWO-Zinsbombe? Vielleicht, dabei ist das nur ein drastisches, aber sehr anschauliches Mittel, um endlich die Aufmerksamkeit auf ein Tabu im Finanzwesen zu lenken, nämlich darauf, dass sich immer mehr Geld auf den Konten der schon Superreichen ansammelt. Gleichzeitig verarmt ein immer größerer Teil der Bevölkerung.

Das ist eine logische Folge davon, dass in unserem reichen Land viele Städte und Gemeinden sowie Länder und Bund in die Schuldenfalle getappt sind, d. h. immer neue Schulden überwiegend zur Bezahlung der Zinsen der alten Schulden aufnehmen müssen. Wo Zinsen gezahlt werden sollen, müssen Schulden gemacht werden. Zum Beispiel durch den Staat für Rüstungsausgaben (siehe Seite 4 und 5). So entsteht eine gefährliche Zinsbombe. Diese Bombe ist nicht mit einem Zinsverbot zu entschärfen. Schon gar nicht mit einem Verbot der Zinsen auf Ihr Sparkonto, die kaum den Inflationsverlust ausgleichen.

Unser Ziel ist eine krisenfreie Wirtschaft mit einer stabilen Währung durch die Einführung des umlaufgesicherten bzw. „fließenden“ Geldes: Dieses Geld wird nicht mehr Waren und Arbeit überlegen sein. Der Zins wird dem Gesetz von Angebot und Nachfrage unterliegen. Bei großer

Nachfrage nach Kreditgeld kann ein geringer Zinszuschlag verlangt werden. Auf jeden Fall wird der Geldkreislauf durch die Umlaufsicherungsgebühr nicht mehr wegen zu geringer Zinsen ins Stocken geraten. Wegen der Zinsen wird dann niemand mehr sparen – aber dass Spareinlagen immer ihren Wert behalten, ist ja auch sehr viel wert.

Eine stabile Währung will auch die Europäische Zentralbank und versucht das durch ihre Zinspolitik und geringe Inflationsraten zu erreichen. Das Geld, das nicht dem Konsum dient, muss wieder in den Wirtschaftskreislauf gelockt werden. Noch muss aber jeder Investor mit hohen Zinsgewinnen belohnt werden. Wie gefährlich Inflationen werden können, weiß inzwischen jeder, wie gefährlich der Zins – und da besonders der Zinseszins – ist, haben die Verantwortlichen scheinbar noch nicht begriffen. Da müssen wir noch ein großes Stück Aufklärungsarbeit leisten.

Helfen Sie uns bei der Aufklärung über die ökonomischen Hintergründe der Zinsbombe. Sie zu entschärfen, gelingt aber letztendlich nur mit dem fließenden Geld. Mehr dazu in diesem Heft.

Wir wünschen Ihnen frohe Weihnachten, einen guten Start ins neue Jahr und erholsame Wintertage,

für das Redaktionsteam
Wera Wendnagel

Inhalt

- 3 Explodierender Reichtum
- 4 Libanon-Mandat: Schwarzer Mittwoch im Deutschen Bundestag
- 6 Was wäre, wenn ...
- 7 Pressespiegel
- 8 Leserbrief und Termine
- 9 INWO Deutschland
- 11 Mitglieder werben Mitglieder
- 15 INWO Schweiz
- 18 Regiogeldbewegung gewinnt an Fahrt
- 20 Petition vom Deutschen Bundestag abgelehnt
- 21 Geldreform ist wählbar
- 22 Kontroverse um die Geldschöpfung
- 23 Buchvorstellungen

Impressum

FAIRCONOMY 2. Jahrgang, Nr. 4 Dezember 2006, ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

Redaktion

Wera Wendnagel (V.i.S.d.P.), Beate Bockting, Jens Hakenes, E-Mail: Redaktion@INWO.de

Abo-E-Mail

Versand@INWO.de

Auflage

3.000 Exemplare; 1.500 als r-evolution, INWO-CH

Bildnachweis

Titelseite: Theo Wonneberger, Zeichnungen: eugenartig.com, INWO-Materialien: SMARTI-d – Andreas Franke, Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage, 3: www.isw-muenchen.de (auch Zeichnung), 4 und 6: Theo Wonneberger, 5: www.buendnis-zukunft.de, 7: PhotoCase.de/juliaw, Beate Bockting, 9: www.lesefutter.org, 15: Frank Moser, 17: Katja Bigell, 18: Unterguggenberger-Institut, 20: Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim Melde, 21: Tomas Klünner, 22: Photocase.com/C-PROMO.de, Th. Weißenfels,

Layout

Umbach Grafik & Mediendesign, Münster

Druck u. Versand

Druckhaus Klängenfuß GmbH, Münster

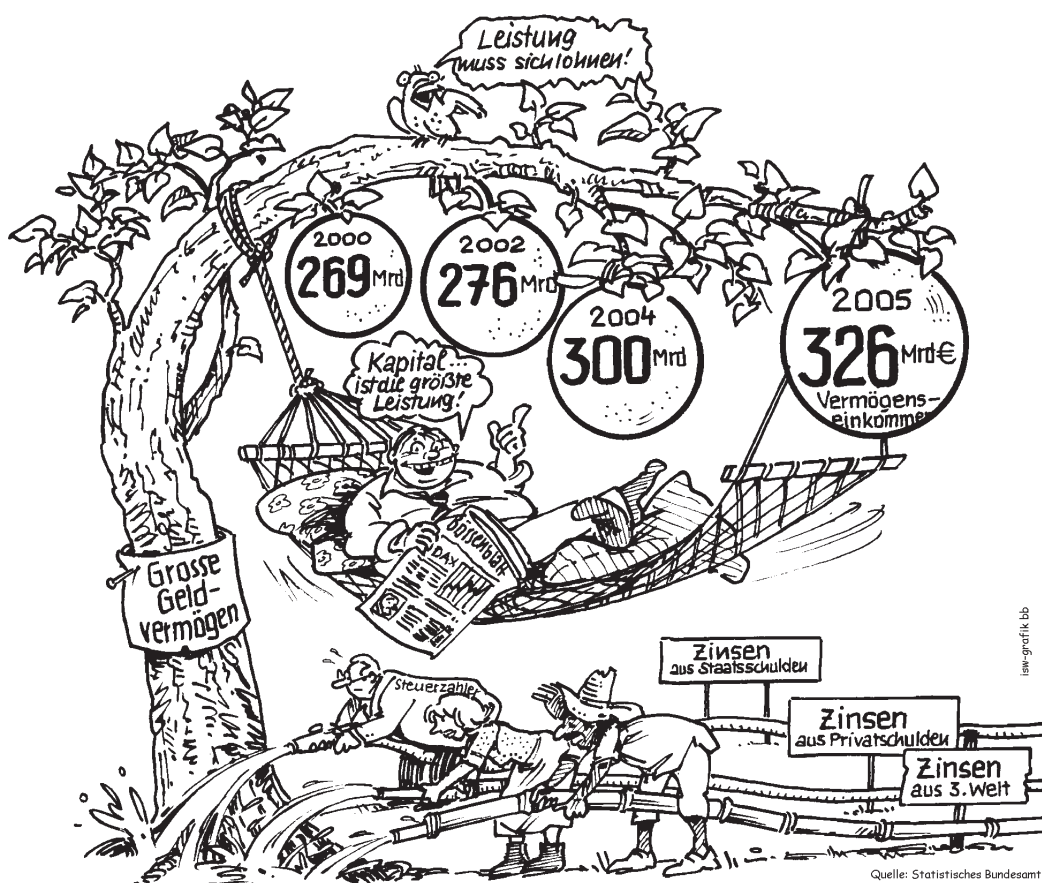
Herausgeberin

INWO D e.V., Klaus Popp, Blasiusstraße 63, 40221 Düsseldorf, Telefon: (02 11) 30 41 05, E-Mail: INWO@INWO.de, <http://www.INWO.de> Konto 604 786 607, Postbank Frankfurt/Main (500 100 60)

Die FAIRCONOMY ist die neue Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne kapitalistische Auswüchse. Voraussetzung für

die FAIRCONOMY ist eine Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.

Explodierendes Reichtum



„Wer da hat, dem wird gegeben, dass er die Fülle habe“ (Matthäus, 13. Kap.). So steht es bereits in der Bibel. Ein Großteil des neugebildeten Geldvermögens stammt aus Zins- und Dividendengutschriften. „Die Reichen sind reicher geworden, weil sie ihr Geldvermögen durch ansehnliche Vermögenserträge aufstocken konnten“, erklärte der damalige DIW-Konjunkturoperte Heiner Flaßbeck, heute Chefökonom der UNCTAD (FAZ, 6.11.99). Die gesamten Vermögenseinkommen in Deutschland beliefen sich 2005 auf 326 Milliarden Euro, 21 Prozent mehr als im Jahr 2000.

Die Ungleichverteilung bei den Vermögenseinkommen ist noch ausgeprägter als bei den Geldvermögen, da der Anteil hochverzinsten Anlageformen mit wachsendem Großvermögen zunimmt. Wer eine Million und mehr anlegen kann, bekommt individuelle Anlage-

strategien beim asset management der Banken und höhere Zinssätze und Renditen als derjenige, der nur einen Notpfennig auf das Sparbuch einzahlen kann. Die Bundesbank wies bereits Anfang der 90er Jahre darauf hin, dass „die wachsende private Ersparnis ... auch eine Folge der Selbstalimentation durch steigende Erträge ist“ (Monatsberichte 10/93). Doch Geld heckt kein Geld, wie hier suggeriert werden soll. Nicht das „Geld arbeitet“, sondern der Geldadel hat die Macht, andere für sich arbeiten zu lassen. Das wird deutlich an den Zinszahlungen für Privatschulden, die von einem Teil des Lohnes beglichen werden müssen.

Aber auch die Zinszahlungen der Öffentlichen Haushalte – 2005: 63 Milliarden Euro – müssen aus dem Steueraufkommen beglichen werden, das zu 80 Prozent aus Lohnsteuern

und Steuern auf den Konsum aufgebracht wird. Während die Bundesregierung angesichts der Haushaltsnot u.a. bei den Renten kürzt, werden die staatlichen Transferzahlungen in Form der Zinsen an die Rentiers nicht angetastet.

Quelle: Armut + Reichtum in Deutschland. isw-Grafikdienst Nr. 11, S. 26.

Libanon-Mandat: „Schwarzer Mittwoch“ im Deutschen Bundestag

Im Unterschied zu bisherigen Auslandseinsätzen der Bundeswehr – zum Beispiel Afghanistan, Kosovo, Kongo – ist mit dem Libanonauftrag vom 20. September 2006 eine weit größere Gefahr verbunden, in Kriege hineingezogen zu werden. Ist nur Terrorismusbekämpfung Grund für mehr Risikobereitschaft oder geht es zutiefst auch um etwas ganz anderes?

Hatte die Schröder-Regierung gegenüber der Nato und speziell den USA noch Stärke gezeigt und eine Beteiligung am Irak-Krieg abgelehnt, sind nun die Merkel-Regierung und die meisten Abgeordneten von CDU/CSU, SPD und von Bündnis 90/Die Grünen vor Erwartungen von außen eingeknickt. Sie wollen einen möglichen Kriegseinsatz von Bundeswehreinheiten riskieren. Das am 20. September 2006 vom Parlament erteilte Mandat gilt für ein Jahr. Schon heute geht Verteidigungsminister Jung davon aus, dass es verlängert werden muss.

Nie wieder Krieg?

Nahezu zwei Drittel der westdeutschen Nachkriegsbevölkerung wollte „nie wieder deutsche Soldaten“, aber schon 1956 begann unter Kanzler Adenauer unter Missachtung der Mehrheitsmeinung der Aufbau der Bundeswehr. Fünfzig Jahre später heißt es: „Auf in den möglichen Kampf!“. Die Marinesoldaten dürfen Gewalt anwenden, wenn Kapitäne Kontrollen ihrer Schiffsladungen verweigern, und selbstverständlich auch dann, wenn sie angegriffen werden sollten.

Bevor das erste Kriegsschiff in See stach, forderte der Verteidigungsminister schon mehr finanzielle Mittel, die das Parlament ihm sicher nicht verweigern wird. Auch Rüstungslobbyisten werden Druck zu machen versuchen. Mehr Geld für die Rüstung – das

Geschäft wird belebt werden, auch Aktionäre dürfen sich schon freuen.

Was wird dieses Abenteuer dem Flottenverband und unserem Lande bringen? Es muss einkalkuliert werden, dass Deutschland in einen wieder ausbrechenden militärischen Konflikt

zwischen Israel und dem Libanon, den Hisbollahs und/oder auch palästinensischen Hamas hineingezogen wird. Der Außenminister betonte zwar wiederholt, es gehe um Glaubwürdigkeit. Wenn die propagierten Neutralitätsversprechen aber nicht eingehalten werden können?

Landesverteidigung?

Und ist es mit der Glaubwürdigkeit in folgender Hinsicht nicht ohnehin schon vorbei? Die Bundeswehr soll der Landesverteidigung dienen. Die aber steht schon lange nicht mehr auf dem Lehrplan der Rekruten, sie gehört nicht einmal mehr zur mentalen Grundausrüstung der Soldaten, wie Generäle offen zugeben. Landesverteidigung, die durch un-



Was uns die Erwachsenen da einbrocken...

vorhersehbare Situationen erforderlich werden könnte, ist gar nicht mehr möglich, wenn Spezialeinheiten schon in aller Welt zerstreut sind: Kosovo, Bosnien und Herzegowina, Afghanistan, Sudan, Äthiopien, Horn von Afrika, Kongo, und nun der Libanon. Folgen die Einsatzbefehle nicht längst einer „Von-außen-Politik“, einem verhaltenen Druck von USA, EU und UN? Man dürfe sich nicht verweigern, meinte der Verteidigungsminister ... die Fähigkeit zur Landesverteidigung aufzugeben?

Feindbild Terrorismus

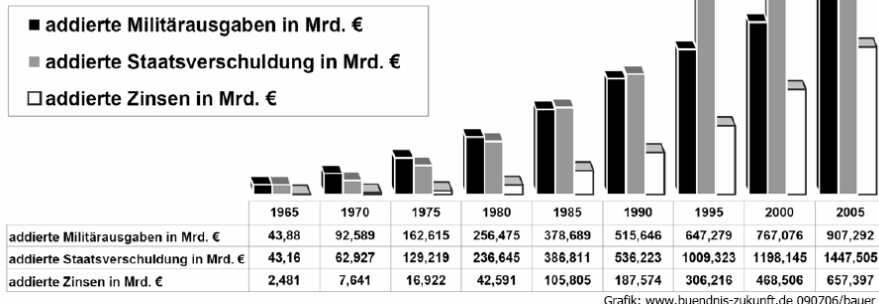
Kann sein, dass es gelingt, zwischen Israel und Libanon Waffenruhe zu gewährleisten. Besteht aber nicht die Gefahr, dass Deutsch-

Vom Wirtschaftswunderland zum "Sanierungsfall" Deutschland !

Schon 1965 - gerade 10 Jahre nach der Remilitarisierung - hatte Deutschland schon wieder Militärausgaben von umgerechnet 43,880 Milliarden Euro und auch entsprechend hohe Staatsschulden.

So begann - fast unbemerkt - der profitable Kreislauf von Gewinnen aus ständiger Waffenmodernisierung und den Zinserträgen für die zuvor gegebenen Kredite.

Bis 1989, dem Zeitpunkt der Wiedervereinigung waren diese Ausgaben für das Militär schon bei 488,885 Milliarden Euro zuzüglich exponentiell wachsender Zinsen angelangt.



Grafik der pazifistischen Partei Bündnis für die Zukunft, in der die finanzpolitischen Auswirkungen der unsinnigen, kreditfinanzierten Militärpolitik erkennbar sind

land in einen von den USA bereits angedrohten Krieg gegen den Iran hineingezogen wird, und/oder womöglich in einen von den USA proklamierten dritten Weltkrieg? Der Feind steht fest, der globale Terrorismus. Der 20. September 2006 könnte als „Schwarzer Mittwoch“ in die Parlamentsgeschichte und Historie der BRD eingehen. An ernste Konfrontationen mit Israel, das sich schon wiederholt nicht an Abkommen gehalten hat, mag man dabei eigentlich nicht auch noch denken. Der Irak-Krieg hat das Terrorismus-Problem verschlimmert, wie aus einem jüngst von den 16 Geheimdiensten der USA gemeinsam erstellten und in Teilen veröffentlichten Bericht hervorgeht. Diese Erkenntnis kommt der Regierung Bush nur scheinbar verquer, erhärtet sie doch die These vom heutigen Weltkrieg-feind Nummer eins.

Zinsbombe – strukturelle Gewalt

Eine Verschärfung von Krisensituationen und Kriege gar sind – abgesehen von den üblichen wirtschaftlichen und Rohstoffinteressen (z.B. Erdöl) – vor allem als funktionsfördernde Elemente des herrschenden Wirtschaftssystems zu verstehen, was selten bedacht wird. Es geht unter diesem Aspekt nicht in erster Linie um Befriedigung der Interessen von Rüstungsfirmen und der ihr zuliefernden zivilen Unternehmen, sondern um gesamtwirtschaftliche Steigerung der Schuldenaufnahmen überhaupt: Zins- und zinseszinsbedingt haben wir es zu tun mit einem Guthaben- und Schulden-Akkumulationssystem. Ständig wachsende Geldvermögen (im privaten Sektor z.B. in Deutschland inzwischen über 4 Billionen Euro) müssen mit Zinsen

bedient werden. Das funktioniert nur mit gesamtwirtschaftlich ständig steigenden Kreditaufnahmen/Verschuldungen, mit der Folge einer wachsenden „Zinsbombe“, Symbol für die strukturelle Gewalt der traditionellen Geldordnung, für eine den Zusammenhalt der menschlichen Gesellschaft zerstörende Auswirkung von Zins und Zinseszins.

Wirtschaft und Konsumenten allein können die ungeheueren Schulden- und Zinslasten schon längst nicht mehr schultern. Nur der Staat kann hier helfen. Dessen Schuldenberge und Zinslasten sind aber mittlerweile bedenklich hoch. Rufe nach einem Stopp der staatlichen Neuverschuldungen oder gar nach einem Abbau des Schuldenberges und der Zinslasten häufen sich. Den Funktionsvoraussetzungen des Systems entgegen kommt der EU-Beschluss aus dem Jahre 2005, die im Maastrichtvertrag für die Mitgliedsstaaten festgelegte Verschuldungsgrenze von drei Prozent künftig flexibler auszuliegen!

Rüstung und Verschuldung

Ein zwingender Grund, weitere Schulden zu machen, wäre – die USA machen es seit einigen Jahren wieder vor – eine unbedingt nötige Steigerung der Rüstung. Wenn Krisensituationen und Kriege es erfordern, sind mehr Kreditaufnahmen in den Parlamenten durchzusetzen. Auch der Wiederaufbau eines zerstörten Landes erfordert Kredite und bietet damit dem Geldkapital weitere lohnende Investitionsmöglichkeiten.

Ein beständigerer Feind als zahlreiche, nie genau zu ortende kleine, militärisch letztlich

nicht ausrottbare terroristische Zellen konnte dem herrschenden Wirtschaftssystem nach dem Ende des Kalten Krieges nicht entstehen, einen zuverlässigeren hätten sich auch Rüstungskonzerne nicht wünschen können. Wo man nur will, kann eine terroristische Gefahr auf die weltpolitische Leinwand gezaubert werden, mit der militärische Aktionen plausibel begründet werden können. Provokationen lassen sich im Übrigen dort, wo es gewollt wird, für Geld leicht inszenieren. Und für Terroranschläge mit Paradiesverheißungen werden sich unter Millionen unbeschäftigter Islamisten immer wieder bereitwillige Kämpfer anbieten. Behauptete andere Gründe, Atomwaffen in falschen Händen, sind anzuzweifeln. Im Falle des Irak waren sie frei erfunden.

Kapitalvernichtung

Der schwedische Nationalökonom Knut Wicksell schrieb in „Nationalökonomie auf der Grundlage des Marginalprinzips“ (Gustav Fischer, Jena 1913): „Eine Ursache, daß der Kapitalzins noch immer relativ hoch steht, ist die kapitalvernichtende Tätigkeit, welche die Staaten zu unproduktiven Zwecken, besonders Krieg und Kriegsrüstungen, betreiben. Die ungeheueren Staatsschulden, welche europäische und außereuropäische Staaten sich im Laufe der Jahre hauptsächlich zu Kriegszwecken aufbürdeten, setzen auf Seiten der Geldgeber entsprechende Ersparnisse voraus, aber sie repräsentieren kein wirkliches, produktives Kapital, sondern nur eine Forderung gewisser Staatsbürger an gegenwärtige und künftige Generationen der Steuerzahler. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Kapitalisten als Klasse alle kapitalvernichtenden Veranstaltungen, vor allem Kriegsrüstungen und sogar Kriege, welche ihnen selber zum großen Teil durch die Schuldverbindlichkeiten des Staates ersetzt werden, und die zur Erhöhung des Zinsfußes beitragen, freudig begrüßen müssen. Hierin liegt (...) eine nicht unwesentliche politische Gefahr.“



Josef Hüwe, Jg. 1938, berufliches Fachgebiet Sozialversicherung. Seit 1960 befasst mit Grundfragen der Volkswirtschaft inkl. Freiwirtschaft. INWO-Mitglied.